

Südosteuropäische Geschichte als global verflochtene Regionalwissenschaft: aktuelle Perspektiven des Berliner Wissenschaftsstandortes

Grandits, Hannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grandits, H. (2012). Südosteuropäische Geschichte als global verflochtene Regionalwissenschaft: aktuelle Perspektiven des Berliner Wissenschaftsstandortes. *Südosteuropäische Hefte*, 1(2), 11–18. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323651>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Hannes Grandits

Südosteuropäische Geschichte als global verflochtene Regionalwissenschaft

Aktuelle Perspektiven des Berliner Wissenschaftsstandortes

Einleitung

„Der Bedarf an fundiertem Wissen über andere Regionen der Welt wächst stetig. Angesichts von Globalisierungsprozessen und Wanderungsbewegungen gewinnen Kenntnisse lokaler und regionaler sowie transnationaler und transkultureller Gegebenheiten und Beziehungen eine immer größere Bedeutung. Die Nachfrage nach geistes- und sozialwissenschaftlicher Expertise durch Politik, Kultur und Wirtschaft reicht dabei über die kurzfristige und punktuelle Behandlung von Themen, Regionen und Verflechtungen hinaus.“ Mit diesen Sätzen leitete etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unlängst eine Beschreibung der Förderrichtlinien zur Fortführung des 2008 eingerichteten Förderschwerpunktes Stärkung und Weiterentwicklung der Regionalstudien (*area studies*) ein. Von der vor zwei Jahrzehnten losgebrochenen Krise der „*area studies*“ scheint, so lautet meine Einschätzung, gegenwärtig keine Rede mehr zu sein. Wenn man sich die Vielzahl von Initiativen vor Augen führt, in denen regionalwissenschaftliche Ansätze ins Zentrum der wissenschaftlichen Praxis und Vernetzung gerückt sind, scheint – und das gilt vielleicht für den Universitätsstandort Berlin ganz besonders – eher das Gegenteil der Fall zu sein. Man könnte hier einige Beispiele nennen. So wird etwa vom Berliner Senat das „Forum transregionale Studien“ gefördert, in dem eine Vielzahl Berliner regionalwissenschaftlicher Institutionen kooperiert. Am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin sind mit dem „Master für Moderne Europäische Geschichte“ und dem internationalen Masterstudiengang „European History“ (Joint Degree mit mehreren europäischen Partneruniversitäten) in diesem Wintersemester 2012/13 zwei neue Masterstudiengänge gestartet, die dezidiert „Europa als Forschungsfeld“ in seinen „regionalgeschichtlichen wie auch globalgeschichtlichen Dynamiken“ in den Mittelpunkt stellen. In Kooperation von Freier Universität und Humboldt-Universität sowie weiteren außeruniversitären Zentren ist ein Masterstudiengang „Global History“ in diesem Wintersemester 2012/13 gestartet, in welchem insgesamt mehr als 15 regionalwissenschaftlich ausgerichtete Berliner Lehrstühle wie auch Forschungszentren miteinander in einem Programm zusammenarbeiten. Je nach Themenausrichtung kooperieren bei allen hier erwähnten Initiativen Einrichtungen mit einer innereuropäischen regionalwissenschaftlichen Ausrichtung genauso miteinander wie Einrichtungen mit außereuropäischen Schwerpunktsetzungen. Auch bei dem eingangs erwähnten Förderschwerpunkt des BMBF zur Stärkung der Regionalstudien gibt es neben Netzwerken und Zentren, die etwa zu China oder Lateinamerika arbeiten, auch Netzwerke und Zentren, in denen regionalwissenschaftliche Herangehensweisen innerhalb Europas ganz zentral sind, wie etwa in dem Netzwerk „Phantomgrenzen in Ostmittel- bzw. Südosteuropa“, in dem Zentrum für „Mittelmeerstudien“ oder in dem Netzwerk, das über den „Wandel im Postsozialismus (KomPost)“ arbeitet.

Was hat dies alles mit der Verortung von Südosteuropäischer Geschichte zu tun? Recht viel. In vielerlei Hinsicht sind hier Tendenzen skizziert, die ein wenig anschaulich machen, in welchen neu gefassten Bezügen in der Berliner Wissenschaftslandschaft auch die Wissensproduktion über den südosteuropäischen Raum mittlerweile – nach langen Jahren einer „Transition“ (wie diese von Holm Sundhausen in Heft 1 so prägnant beschrieben wurde) – in zunehmendem Maße eingeordnet wird. Es macht ebenfalls deutlich, dass sich auch die Südosteuropaforschung (in Fremd- wie Eigenverständnis hinsichtlich ihrer Aufgaben und Ziele) gerade am Ausgang eines umfassenden Umorientierungsprozesses befindet, der mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa zwangsläufig seinen Anfang nahm.

In diesem kurzen Essay möchte ich ein wenig aus meiner eigenen Perspektive auf die gegenwärtigen Resultate dieses Umorientierungsprozesses eingehen. Dabei möchte ich zuerst in einem ersten Schritt die Logiken in Erinnerung rufen, die sich mehr oder weniger unweigerlich aus dem Wegfall der sozialistischen Herrschaftsregime (und auf ihre wissenschaftliche Ein- und Umordnung nach dem Ende des Systemgegensatzes des Kalten Krieges) ergeben haben. Danach möchte ich drei „Paradigmenveränderungen“ ansprechen, die ich im Bereich der Erforschung südosteuropäischer oder osteuropäischer Geschichte zu erkenne glaube, bevor ich mit einem kleinen Fazit und Ausblick ende.

Die post-sozialistische(n) Transition(en) und die Südosteuropaforschung

Der Zusammenbruch der sozialistischen Herrschafts- und Ordnungswelten und alle Veränderungen, die dadurch in Gang kamen, stellten auch die wissenschaftliche Südosteuropaforschung vor große Herausforderungen. Sie war nicht nur gefordert, Erklärungen für die tieferen Ursachen für Persistenz und dann Untergang der jeweiligen sozialistischen Modelle in Südosteuropa zu geben. Auch erwarteten viele nun sehr differenzierte Stellungnahmen und Antworten auf zwei Fragen, die von Katherine Verdery einmal treffend wie folgt gestellt wurden: „*What was socialism and what comes next?*“ Es zeigte sich, dass diese relativ einfach klingenden Fragen alles andere als einfach zu beantworten und auf jeden Fall komplizierter waren, als ursprünglich gedacht.

Ein bereits oberflächlicher Blick auf die unterschiedlichen nationalen Kommunismusausprägungen – alleine schon innerhalb des südosteuropäischen Raumes – macht gewahr, dass von einer Uniformität in der sozialistischen Welt selbst nur eingeschränkt gesprochen werden kann. Vergleicht man etwa nur das zuletzt völlig isolationistische Regime Hoxha-Albaniens, wo einst eine Politik strikt geschlossener staatlicher Grenzen und enormer auch innerer Mobilitätseinschränkungen existierte, mit dem benachbarten sozialistischen Jugoslawien, wo ein völlig anders gelagertes Verständnis von sozialistischer Herrschaft es hunderttausenden seiner Bürgerinnen und Bürger ermöglichte, im „kapitalistischen“ Europa zu arbeiten bzw. dorthin etwa auch zum Shopping zu reisen, so bekommt man schnell einen Eindruck von der großen Bandbreite der Unterschiede, die existieren konnten. Ähnliches gilt etwa auch für die von den Einparteienregimen in den jeweiligen Ländern zur Akzeptanzsteigerung des alleinigen Herrschaftsanspruches letztlich praktizierten politischen Strategien. Während etwa das Kádár-Regime in Ungarn seine Legitimierung zunehmend auf sogenannte

Verteilungsmethoden (i.e. die Gewährung von steigenden Wohlfahrtsleistungen und größeren Konsummöglichkeiten) basierte, setzte das benachbarte rumänische Einparteiensystem unter Ceaușescu auf einen anderen Ansatz. Seit den ausgehenden 1970er Jahren begann es auf eine Austeritätspolitik zur Erreichung von Schuldenfreiheit zu setzen und verband seinen Herrschaftsanspruch wieder mit sehr strikten ideologisch-symbolischen Diskursen, in denen „reine“ kommunistische Werte mit einer klaren rumänisch-nationalistischen Rhetorik kombiniert wurden.

All diese sozialistischen Einparteienregime kollabierten ab 1989 bzw. in den frühen 1990er Jahren. Prozesse eines rapiden Wandels begannen parallel zu diesem Systemzusammenbruch in allen Sphären des politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen oder kulturellen Lebens wirkmächtig zu werden. Die Situation des Umbruchs machte sich auch für die Forschung in vielen südosteuropäischen Ländern sehr eindringlich bemerkbar. In den Jahrzehnten vor 1989 war es üblicherweise nicht einfach, zum Teil sogar äußerst kompliziert, empirisch in den sozialistischen Ländern zu forschen. Alles Mögliche – vom Zugang zu Archivquellen bis zum freien Reisen im Land – unterlag bis dahin in der Regel mehr oder weniger großen Restriktionen für „auswärtige“ Forscher_innen. Gleiches galt (vor allem auch politisch oder ideologisch gesehen) auch für die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern selbst. Auch hierbei gab es Unterschiede von Land zu Land. Nicht alle Länder waren so geschlossen und restriktiv wie zum Beispiel Albanien, wo so gut wie keine freie empirische Arbeit vor der Wende möglich war. Aber Restriktionen bestanden in unterschiedlichen Ausmaßen überall.

In den 1990er Jahren sollte sich dies nun völlig anders darstellen. Unerwarteterweise konnte man nun recht frei in alle Länder reisen. Selbst bis dahin abgelegenste Gebiete, wie zum Beispiel das Hochland des Dukagjin oder die Gebirge im albanisch-griechischen Grenzgebiet, waren nun prinzipiell erreichbar, wollte man sich über die vor Ort in zum Teil atemberaubendem Tempo vonstattengehenden Umgestaltungen im Alltag der Menschen selbst ein Bild machen. In Konsequenz daraus setzte ein starker empirischer Schwung ein, der auch die bis dahin üblichen Herangehensweisen im Studium und in der Vermittlung südosteuropäischer Gegenwart und Geschichte nicht unverändert ließ. Die direkte Involvierung von Forscher_innen in alle möglichen Felder und Problemkontexte *in situ* war prinzipiell nun durchaus möglich, wenn diese auch in nicht wenigen Kontexten – etwa angesichts der jugoslawischen Zerfallskriege – vor tragisch verlaufenden gesellschaftlichen Dynamiken stattfand. Durch die direkte Erfahrung verschiedenster, oft sich sehr schnell ändernder gesellschaftlicher Gegebenheiten wurde es mit der Zeit sehr offenbar, dass die „Transition“ vom „Sozialismus“ zur „Demokratie“ weniger eindeutig und normativ verlaufen sollte, als dies anfangs erwartet worden war. Zudem waren dies Prozesse, die in ihrem Verlauf oft alles andere als uniform waren.

Drei paradigmatische Veränderungen

Diese und weitere Einsichten sollten mit der Zeit dazu führen, dass – getrieben durch die so rasant verlaufenden Entwicklungen in der Region selbst – auch paradigmatische Veränderungen im wissenschaftlichen Zugang zu Südosteuropa mehr und mehr voranschritten. Ich möchte drei dieser paradigmatischen Veränderungen kurz ansprechen, die m.E. zunehmend auch strukturierend auf die wissenschaftliche Arbeit über Südosteuropa in den Jahren der voranschreitenden post-sozialistischen „Transition“ wirkten.

Von alten und neuen *mental maps* zu Südosteuropa

Bis 1989 war eine bipolare Unterscheidung zwischen einem sozialistischen „Osten“ und einem kapitalistischen „Westen“ ein grundlegendes und naheliegendes Merkmal des wissenschaftlichen Betriebs. Das betraf sowohl die Auseinandersetzung mit der jeweiligen südosteuropäischen gesellschaftlichen Wirklichkeit während der sozialistischen Zeit, aber in vielerlei Hinsicht auch den Umgang mit den jeweiligen historischen Gewordenheiten ebendieser Gegenwart. In den 1990er Jahren wurde jedoch offenbar, dass die meisten Länder im Osten und auch Südosten Europas mit enormer Geschwindigkeit immer weniger sozialistisch wurden. Historiker_innen und auch Wissenschaftler_innen aus anderen Disziplinen begannen zunehmend auch die vorsozialistische Vergangenheit der sich rapide transformierenden Gesellschaften stärker ins Kalkül zu ziehen und auch darauf zu blicken, wie die historischen Bedingtheiten aus der Zeit vor dem Sozialismus ebenfalls sehr stark die Art und Weise der postsozialistischen „Transitionen“ mit beeinflussten. Andere wiederum betonten die nach wie vor entscheidende Prägekraft sozialistischer Modernität auch in den Prozessen der postsozialistischen politischen oder gesellschaftlichen Beziehungen.

Wie wir alle wissen, sind innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte mehrere sozialistische Länder Südosteuropas mittlerweile Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geworden und andere könnten in naher oder mittlerer Zukunft nachfolgen. Eine der Konsequenzen, die mit den Prozessen der sogenannten „Europäischen Integration“ einherging, war das Faktum, dass historische und andere Bezugsetzungen im Umgang mit der Region zunehmend weniger bipolar aufgebaut waren. Die dominanten im Ost-West-Gegensatz eingebetteten und durch ihn reifizierten „*mental maps*“ des Kalten Krieges blieben von dem Verschwinden der sozialistischen Regime nicht unberührt. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den angesprochenen Dynamiken der EU-Erweiterung vollzogen sich auch in den Mechanismen eines europäischen „*mental mappings*“ neue Formen und Bezüge. Das heißt zwar nicht, dass das neue „*mental mapping*“ bezüglich eines europäischen Ostens oder Südostens nun völlig frei von bipolaren Elementen wurde. Aber alles wurde zumindest komplexer. Neue konzeptionelle Bezüge tauchten in der politischen Praxis (man könnte hier etwa die Entstehung eines sogenannten „Westlichen Balkans“ nennen) genauso auf, wie auch regionale Strukturierungen entlang alternativer geographischer Faktoren (wie etwa jene des Donaoraums oder der Balkan-Kleinasienbezug) eine neue Plausibilität erhielten. Vor allem bekamen neue Orientierungen entlang historischer Vermächtnisse oder damit zusammenhängender kultureller Prägungen eine neue Überzeugungskraft. Man braucht hier etwa mit Blick auf Südosteuropa nur an die Jahrhunderte währenden Herrschafts- und Gesellschaftssysteme des Osmanischen oder Habsburgerreiches zu verweisen oder an

Bezüge, die eine „Orthodoxe“ Welt einer „Westlichen“ gegenüberstellen. Auf jeden Fall kann man festhalten, dass der früher recht uniforme Bezugsrahmen einer „sozialistischen Weltgegend“ durch neue Formen des „mapping“ in den Jahren der postsozialistischen Transition erweitert, verdrängt oder auch ersetzt wurde.

Das neue Gewicht der „long durée“

Gerade eine solche als immer wichtiger erachtete erweiterte Temporalität zur Erklärung der Region Südosteuropa oder ihrer Spezifika relativierten nun den bis dahin so zentralen Bezugsrahmen der sozialistischen (dann auch postsozialistischen) Gegenwart. Zwar war es ohne Zweifel insbesondere der Modernisierungsanlauf unter sozialistischen Vorzeichen, der beträchtliche Teile Südosteuropas von rural-landwirtschaftlichen in industrielle und urbanisierte Gesellschaften verwandelte. Aber Charakteristika der „long durée“ in den sozialen, ökonomischen oder kulturellen Strukturen, die vor den sozialistischen Jahrzehnten entscheidend waren, schienen auf einmal wieder auf stark gestiegenes Interesse zu stoßen. In vielerlei Hinsicht erhielten die vorsozialistische Vergangenheit bzw. die erweiterten Zeitenläufe auf einmal ein weit größeres Gewicht bei der Einordnung und Erklärung auch der heutigen Verhältnisse in Südosteuropa.

Das gilt es, nicht nur auf die wissenschaftliche Welt beschränkt zu sehen. Ganz sicher wurde etwa im Bereich der politischen Identitätspolitik die vorsozialistische Vergangenheit nun viel wichtiger als die eben vergangenen Jahrzehnte der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dabei konnte die Periode, die vielfach als Zeit einer „nationalen Wiedergeburt“ im 19. bzw. frühen 20. Jahrhundert kanonisiert wurde, genauso wie viel weiter zurückliegende Epochen in den Mittelpunkt rücken, um etwa die jeweils eigenen charakteristischsten „nationalen Traditionen“ zu benennen bzw. neu zu erfinden. Gerade zur Selbst- wie Fremdlegitimierung von Abgrenzungen auf nationaler Basis erhielten in den verschiedenen nationalistischen politischen Diskursen ganz besonders auch Bezüge bzw. symbolische Konstellationen einer weiter zurückreichenden Vergangenheit Konjunktur.

In manchen Ländern, wie etwa in Bosnien-Herzegowina, war der Bezug etwa auf die sozialistische Zeit oft nur noch sehr nebenrangig, um die häufig in sehr „gruppistischen“ (primordialen) Diskursen beschriebenen historischen Gegensätze und historisch gewachsenen Interessenskonstellationen der muslimischen, serbischen oder kroatischen Bevölkerung zu erklären. Von einer solchen Bedeutungsverschiebung blieb die historiographische Geschichtsschreibung im Land selbst (aber auch darüber hinaus) natürlich nicht unbeeinflusst. „Nationale“ Erklärungsansätze waren gefragt und wurden von manchen Historikern auch im Überfluss geliefert. Oftmals sehr teleologisch verfasste Befunde über die lange Wirkung einer (in der Regel recht national „erschriebenen“) Vergangenheit waren die eine Folge einer solchen paradigmatischen Aufwertung einer weiter zurückreichenden Geschichte zur Erklärung auch der Gegenwart.

Allerdings war dies auch keine zwangsläufige Folge davon. Denn das gesteigerte Interesse an früheren Epochen konnte ganz im Gegenteil auch zu einer stark pluralisierten, akteursorientierten und (historisch) dynamisierten Einordnung vergangener Geschichte führen. Ganz besonders scheinen auch neue Bezugnahmen auf „alte“ oder teilweise Jahrhunderte lang geltende überregionale bzw. globalere historische Verortungen (wie etwa

in Bosnien auf den osmanischen Ordnungsraum) eine immer größere Rolle zu spielen. Letzteres hatte einen durchaus sehr öffnenden Effekt in der Überwindung lange etablierter und national meist sehr eng gefasster Raum- und Geschichtsvorstellungen.

Konjunktur transstaatlicher und globaler Blickwinkel

Mit der sukzessiven Öffnung der Grenzen für die Menschen aus den zu sozialistischen Zeiten mit mehr oder weniger restriktiven Grenzregimen ausgestatteten Staaten Südosteuropas änderten sich für viele die geographischen Bezüge der Arbeits- und Lebensorientierung. In vielen postsozialistischen Staaten Südosteuropas „europäisierten“ bzw. globalisierten sich vielfach Arbeitsbiographien auch im Hinblick auf transstaatliche Bezüge von Erwerbstätigkeit und sozialer Sicherung. In manchen Staaten Südosteuropa lebt heute bis zu einem Viertel oder mehr der Bevölkerung von migrantischer Arbeit im Ausland bzw. den Rücksendungen von eben dort. Das trifft durchaus auch für den postjugoslawischen Raum zu, wo als Folge der Zerfallskriege der 1990er Jahre allerdings über mehr als eineinhalb Jahrzehnte für die meisten jugoslawischen Nachfolgestaaten auf einmal auf europäischer Ebene sehr strikte Visa-Regime eingeführt wurden. Angesichts der sehr offenen Orientierung des sozialistischen Jugoslawien innerhalb der Blockfreien-Bewegung und innerhalb europäischer „Gastarbeiter“-Systeme war dies natürlich eine immense und so nicht gewohnte Einschränkung freier Mobilität.

Nichtsdestoweniger lässt sich festhalten, dass sehr viele Menschen in Südosteuropa nach dem Ende des Ost-West-Systemgegensatzes einen starken Einbindungsschub in globale – nun wieder kapitalistische – Bezüge erfuhren. Das verlief, wie schon angesprochen, zum einen über die Verstärkung transnationaler Arbeits- und Migrationsausrichtungen. Zum anderen spielte die ökonomische Öffnung der postsozialistischen südosteuropäischen Länder für ausländische „Investoren“ eine gleichfalls entscheidende Rolle. Beides hat das Funktionieren (und die Besitzverhältnisse) von Wirtschaft und Gesellschaft stark verändert.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass sich auch die Forschung auf die Untersuchung der Wirkung globaler Faktoren in den gesellschaftlichen Dynamiken der südosteuropäischen Länder ausgerichtet hat. Das gilt zunehmend nicht nur für jene Disziplinen mit soziologischen, wirtschaftswissenschaftlichen oder ethnologischen Ansätzen sondern zunehmend auch für historisch gefasste Herangehensweisen. Ältere Traditionen in dieser Hinsicht fortführend wurde die Reflexion über globale Prozesse in der Auseinandersetzung mit den historischen Gewordenheiten der jeweiligen lokalen, regionalen oder überregionalen Gegebenheiten im untersuchten südosteuropäischen Raum immer systematischere Signifikanz zuteil. Das betrifft insbesondere ein viel stärkeres Interesse an unterschiedlich miteinander verschränkten Raumbezügen, in denen historische Akteure in unterschiedlichen Perioden der Vergangenheit agieren und interagieren konnten.

Allerdings gilt es jedoch festzuhalten, dass das Interesse „am Globalen“ erst zunehmend auch mit methodisch oder theoretisch durchdachten Konzepten gepaart ist. Jenseits des schieren Interesses und des gutgemeinten „Lippenbekenntnisses“ wartet hier noch einiges an Herausforderung für unser Fach.

Fazit und Ausblick

Gesellschaftliche Identitätsstiftungen und Sinndeutungen sozialer Ordnungen waren in Europa (und darüber hinaus) sehr lange Zeit zutiefst in bipolare Weltansichten von „Ost“ und „West“ oder – für die historische Beschäftigung mit Südosteuropa einstmals (und seit 1989 wieder verstärkt) fast noch prägender – von „Okzident“ und „Orient“ verstrickt. Dabei wurde der „Südosten/Osten“ Europas in der historischen Wissensproduktion stark über real existierende wie auch imaginierte „Andersheit“ konstituiert. Wendet man den Blick um, so wird gleichzeitig auch offenbar, wie stark die Vorstellung eines „Orients“ oder das Existieren eines „Ostens“ implizit auch Bedeutung für die Formierung eines „Westens“ hatte. In der Auseinandersetzung mit der Geschichte Südosteuropas – wie sie meines Erachtens betrieben werden soll – muss es somit nicht nur um die historische Entwicklung eines „anderen Europa“ gehen, sondern auch um das Ineinandergreifen inneuropäischer Denk- und Beziehungsmuster.

Gerade Herangehensweisen solcher „*entangled histories*“ eröffnen für die südost- oder mitteleuropäische Geschichte als Fach mit einer regionalgeschichtlichen Expertise in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Landschaft besondere Chancen und Herausforderungen. Die Spezialkenntnisse des Faches werden unabdingbar notwendig bleiben, um die spezifischen Ausprägungen der historischen Entwicklungen in diesem Teil Europas zu verstehen. Diese waren und sind in der Regel sehr komplexer Natur und ohne eine tiefere Vertrautheit mit den historischen Entwicklungen im konkreten regionalen Bezug nur schwer einzuordnen. Aber eben diese Entwicklungen waren und werden mehr denn je auch beeinflusst durch größere europäische wie globale Prozesse und Beziehungen. Deswegen sind Perspektivensetzungen und Kooperationen, die über die engere regionalgeschichtliche Ausrichtung hinausgehen, so zentral. Es gilt diese Verflechtung sowohl räumlich wie auch ökonomisch, politisch oder kulturell besser verstehen zu lernen. In dieser Kombination des Studiums „lokaler und regionaler sowie transnationaler und transkultureller Gegebenheiten und Beziehungen“ (um das oben angeführte Einleitungsstatement nochmals zu zitieren) liegt m. E. sehr viel an Potential, um über die Befassung mit der Geschichte Südosteuropas gleichzeitig auch sehr viel über europäische oder auch darüber hinaus reichende Geschichtsprozesse und -verläufe zu lernen.

Die Stadt Berlin (die als sehr internationale Stadt nicht zuletzt auch Heimatort von hunderttausenden südosteuropastämmigen Menschen aus dem erweiterten südosteuropäischen Raum – insbesondere, aber bei weitem nicht nur, aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei – ist) wurde seit den 1980er und spätestens seit den 1990er Jahren, als die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die beginnende postsozialistische Transition Südost- und Ostmittel- und Osteuropas die europäische Öffentlichkeit und Politik intensiv beschäftigten, zu einem der interessantesten universitären Standorte der historischen Südosteuropaforschung in Europa. Sowohl viele junge Student_innen als auch Nachwuchsforscherinnen und junge Forscher wählten bewusst Berlin, um sich hier in einem für ihr Fach besonders engagierten universitären Rahmen mit südost- und osteuropäischer Geschichte zu beschäftigen. Trotz dieser unumstrittenen Attraktivität und auch der Tradition der Südosteuropastudien in Berlin (hier sei nochmals auf den Beitrag in Heft 1 verwiesen) schien eine kontinuierliche Weiterführung dieser Sachverständigkeit an der Freien Universität Berlin nach der Emeritierung von Prof. Sundhausen in Frage gestellt. Durch die

im Sommersemester 2010 erfolgte Einrichtung der Professur für Südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität (sowie auch durch die Nachbesetzung bzw. Neueinrichtung von auf Südosteuropa ausgerichteter Lehrstühle etwa im Bereich der Südslawistik an selbiger Universität) ist es gesichert, dass am Standort Berlin an bestehende Südosteuropaprofilierung angeknüpft und diese fortgeführt werden kann.

Aus dieser Konstellation ergibt sich die Herausforderung von Kontinuitätswahrung und Neuausrichtung. In Kontinuität gilt es, gewachsene und anerkannte wissenschaftliche Fachkompetenzen über bewährte Strukturen fortzuführen. Parallel dazu ist es zentral, Forschung und Lehre für innovative Ansätze offen zu halten und deren weitere Entwicklung nachdrücklich zu fördern. Die Innovationskraft eines Forschungsstandorts ist unabdingbar an geglückte Zusammenarbeit mit ausgezeichnetem wissenschaftlichem Nachwuchs gebunden. Daher ist es mein absolut zentrales Ziel, den Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu einem attraktiven Standort für die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus dem In- und Ausland in meinem Fach zu machen. Dass es hierbei ein hervorragendes Potential für eine interessante Zukunft gibt, das lässt sich u.a. bereits auch am Entstehen der Südosteuropäischen Hefte, die als Unternehmung von Nachwuchsforschern_innen dynamisch gestartet sind, deutlich vernehmbar erkennen.